

Dresdner Volkszeitung

Postkassentext: Leipzig, Raben & Comp., Nr. 20013.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangierlohn monatlich 2,75 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8,25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 12,00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10, Tel. 25 281. **Sprechstunde** nur montags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10, Tel. 25 281. **Verkaufsstelle:** von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Komposition 1,20 M., Familienanzeigen 1,00 M., die 4spaltige Komposition 1,00 M. ausschließlich Inserentensteuer. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefmarkenlegung 20 Pf.

Nr. 3

Dresden, Montag, den 5. Januar 1920

31. Jahrg.

Der neue Reichstag

Als vor einem Jahre die Wahl zur Nationalversammlung vorgenommen werden sollte, die dringend notwendig war, um Deutschland vor dem Chaos zu retten, ohne die Friedensverhandlungen und Lebensmittellieferungen niemals begonnen hätten, da tobten die Unabhängigen, erst müßten die Grenzen Deutschlands feststehen und die Kriegsgefangenen müßten heimgeführt sein — vorher wäre jede Wahl eine Fälschung des Volkswillens. Hätten wir damals den Unabhängigen gefolgt, wir hätten heute noch keine Nationalversammlung.

Seitdem aber die Nationalversammlung zusammen ist, fordern die Unabhängigen alle Augenblicke Neuwahlen. So sehr sie den Parlamentarismus als eine der wichtigsten Waffen im Befreiungskampf der Arbeiterschaft schlecht gemacht haben, so wenig können sie es aushalten, ohne Neuwahlen, ohne neue Mandate. Man muß nicht versuchen, irgendeine Logik in der unabhängigen Demagogie zu entdecken. Es ist alles nur opportunistische Gelegenheitsmacher, gerade so wie es der Augenblick geraten erscheinen läßt. Dabei ist es sachlich klar, daß so notwendig wie die Wahlen im Januar vorigen Jahres waren, so unmöglich sie gegenwärtig sind. Der endgültige Reichstag kann offenbar erst gewählt werden, wenn die Volksabstimmungen vorgenommen sind, wenn die Grenzen feststehen, wenn die Gefangenen wenigstens aus Frankreich wieder heimgeführt sind. Wenn die armen Gefangenen aus Sibirien kommen, läßt sich ja heute leider noch nicht absehen, selbst das neue Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten durch das ganze Volk und das neue Reichstagswahlgesetz lassen sich kaum berathen, ehe wir nicht wissen, wie groß das künftige Deutschland sein wird. Wie soll man eine Wahlkreisabteilung festlegen, solange das Schicksal Wartenburgs, Allensteins, Jena-Burgs und Oberschleisens ungewiß ist?

Trotzdem arbeitet die Regierung mit aller Kraft daran, die notwendigen Gesetze so weit vorzubereiten, daß sie sofort beschiedelid werden können, wenn die notwendigen tatsächlichen Voraussetzungen gegeben sind. So wird dem Reichstag alsbald nach seinem Wiederauftreten im Januar das neue Reichstagswahlgesetz zugehen. Die bisherigen amtlichen Mitteilungen darüber lassen hoffen, daß es besser sein wird als das vorläufige Gesetz, nach dem die Nationalversammlung gewählt wurde.

Die grundsätzlichen Bestimmungen über die künftige Wahl stehen bereits in der Reichsverfassung. Das allgemeine, geheime, direkte Wahlrecht für alle Männer und Frauen über 20 Jahre ist dort bereits vorgeschrieben und ebenso bestimmt der Artikel 22, daß die Verhältniswahl beizubehalten ist. Nur um die Ausgestaltung dieser Verhältniswahl kann es sich in Zukunft handeln. Das bisher geltende Verhältniswahlrecht folgt bekanntlich dem System der gebundenen Listen. Die Stimmen, die eine Partei erhalten hat, werden, ohne Rücksicht darauf, welche Person der einzelne Wähler ausgesucht wollte, für die Liste angerechnet und auf diese werden die Mandate nach der Reihenfolge verteilt, in der dort die Kandidaten aufgeführt waren. Wer an den ersten Plätzen der Liste stand, konnte sich damit ohne Rücksicht auf seine persönliche Leistung oder Beliebtheit von vornherein als gewählt betrachten. Das mindert natürlich die Qualität der Parlamentarier außerordentlich herab. In dem gleichen Sinne wirken die sehr großen Wahlbezirke. Kein Kandidat hatte mehr die Möglichkeit, mit einer auch nur einigermaßen großen Zahl seiner Wähler in persönliche Verbindung zu treten. In Wahrheit war es nicht mehr der Wähler, der den Abgeordneten aussuchte, sondern er konnte sich nur nach zwischen den Parteien als solchen entscheiden, die Befestigung zum Abgeordneten nahm die Partei vor, und in dieser gewinn der Vorstand der Organisation die eigentlich entscheidende Stellung.

Noch bedenklicher wäre es freilich gewesen, wenn man statt der gebundenen die freien Listen genommen hätte. Hervorragende Menschen haben immer auch eine Anzahl Freunde. Freie Listen führen deshalb dazu, daß meist gerade die hervorragenden Persönlichkeiten ein paar Stimmen weniger bekommen als die minderbekannteren Kandidaten der gleichen Liste. Dieses „Abkipfen“ der Listen, welches die Entscheidung von wenigen Quartieren abhängig macht, hat sich in der Praxis als ein noch viel größerer Uebelstand erwiesen, wie die Einschränkung der Freiheit des Wählers durch die gebundene Liste.

Zwischen diesen Gehren laßt das neue Reichsgesetz einen Ausweg. Es schafft kleinere Wahlkreise — Umfang und Abgrenzung sind noch offen gelassen — und läßt jeden Kandidaten ohne weiteres als gewählt gelten, der 60 000 Stimmen erhalten hat. Die übrigen Stimmen, sowohl die überschüssenden als auch die auf nichtgewählte Kandidaten entfallenden geben aber nicht etwas verloren, sondern werden über das ganze Reich hin oder doch für große Teile des Reiches zusammengerechnet und gleichmäßig auf die Parteien verteilt. So hat jede Partei die Möglichkeit, eine oder mehrere Zentrallisten aufzustellen, auf der die Kandidaten am sichersten Wege stehen, die die Partei unbedingt in das Parlament entsandt zu sehen wünscht. Auf der andern Seite hat auch der einzelne Wähler und der einzelne Kandidat in diesem verkümmerten Wahlkreis die Möglichkeit, eine persönliche Ansprache zu treffen und sich persönlich anzukündigen. Im großen ganzen wird man dieses Wahlsystem wohl

als mullergütlich betrachten können. Natürlich wird es im einzelnen noch lebhaft Auseinandersetzungen darüber geben, wie groß die Einzelwahlkreise und wie groß die Wahlbezirke zu machen sind, für die die Stimmen zusammengezählt werden. Aber von den Grundzügen des Entwurfes darf man annehmen, daß er die Billigung einer großen Volksmehrheit finden wird.

Ein Vorzug bleibt jedenfalls dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gegenüber allen Phantasielösungen von berufsständischen Parlamenten und Kammern der Arbeit unbedingt erhalten: die Einfachheit und Durchsichtigkeit. In jedem berufsständischen Parlament würde es fortwährend die erbittertesten Kämpfe darum geben, welche Vertreterzahl jeder Berufsgruppe zukommt und eine friedliche Einigung darüber wäre auf die Dauer ganz ausgeschlossen. Demgegenüber ist die Demokratie schon deshalb das einzig Gerechte, weil sie das Einfachste ist. Nur unter ihrem Schutz wird das deutsche Volk dasjenige Maß von innerem Frieden erlangen, das zu seiner Wiederaufrichtung unerlässlich ist.

Deutschland und der Völkerbund

Paris, 3. Januar. Nach einer Londoner Meldung erklärte Lord Robert Cecil gestern Abend in einer Versammlung in Leeds, die Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund müsse bejahend entschieden werden. Die allgemeine Sicherheit werde dadurch nicht verlieren, sondern gewinnen.

Rotterdam, 4. Januar. Laut *Neuere Rotterdamse Courant* schreibt die konservativere Wochenschrift *Spectator* unter Hinweis auf die Aeußerung Lord Robert Cecil, daß Frankreich sich nicht zugleich an Deutschland rächen und auf Kosten Deutschlands bereichern könne, man müsse jetzt Deutschland und Österreich helfen, sich neu zu bilden. Das Blatt sagt über das Vorgehen Frankreichs, in Griechenland, Belgien, Serbien und Rumänien aufzutreten, als ob diese Länder in seiner natürlichen Einflusssphäre lägen. Das Blatt hofft, daß, wenn Lloyd George nach Paris geht, er daran denken wird, daß er das gesamte britische Volk für eine nemühige Politik hinter sich habe. *Spectator* fordert, daß vor allem die Unabhängigkeitsfrage unverzüglich festgesetzt wird.

Lloyd Georges Pariser Reise

Paris, 5. Januar. Lloyd Georges Reise nach Paris dürfte sich um einige Tage verzögern. Er wird kaum vor Donnerstag nächster Woche in Paris eintreffen.

Rußland vor den Toren Indiens

In England sucht man scheinbar auf neue Stimmung zu machen für ein Vorgehen gegen die so oft torpelagte, aber immer noch recht lebendige und widerstandsfähige Sowjetrepublik. Der Vorwurf der Roten auf Persien und Indien

dient als willkommenes Anlaß, die bolschewistische Gefahr den Briten in den düstersten Farben zu schildern. Das *Napoleon Bonaparte*, der Revolutionsgeneral, mit seinem abenteuerlichen Zuge nach Ägypten plante, daß, so stellt es die englische Presse dar, versuchen jetzt Rußlands Revolutionsmänner, angeblich mit besserem Erfolge: nämlich England in Asien den Todesstoß zu verlegen. Ihre Macht dürfe nicht unterschätzt werden. Daily News behauptet, nur Blinde könnten noch leugnen, daß nach Kollidats und Denikins jämlichem Zusammenbruch Rußland und Westsibirien fest in den Händen der Bolschewisten seien.

Diese melden den Einzug ihrer Truppen in Buchara, der Hauptstadt des gleichnamigen, längst unter englischer Hoheit stehenden Fürstentums, nördlich des Hindukuschgebirges. Aus früheren Meldungen darf man schließen, daß es ebenso wie in Ägypten auch in Indien glimmt. Weitere russische Erfolge führen diesbezüglich dazu, daß die nationalistische Bewegung in diesem dichtbevölkerten Lande mächtig aufzukommen. Dann beginnt für England der Krieg um Sibirien oder Nichts sein auf neue. Denn auf dem Felde beider Jambien gründet sich die, wie bereits Napoleon deutlich erkannte, die britische Welt Herrschaft.

Denikins Sturz

Washington, 5. Januar. Nach eintreffenden Meldungen ist die Herrschaft Denikins gestürzt. General Romanowski ist an seine Stelle getreten.

Trozkis neue Offensivpläne

Genf, 3. Januar. *Internationale Communiste* veröffentlicht einen Brief Trozkis an seine französischen Genossen, in dem es heißt: Es bleibt noch die Westfront übrig, die auf der Karte unserer revolutionären Strategie aber nur von untergeordneter Bedeutung ist. Die polnischen Herren bezaubeln sich an ihren „Siegen“. Wir sehen uns die Hände über dem Kopf vereinen und schwachen polnischen Truppen mit an, ohne irgendwie vor ihnen zu zittern. Sobald wir mit Denikins fertig sind, was bald erfolgt sein wird, werfen wir alle unsere Kräfte an die polnische Front.

Japan und Amerika in Sibirien

Genf, 5. Januar. Der Pariser Korrespondent des *Yonier Progrès* schreibt über die Stellung Japans zur Lage in Sibirien: Man müsse die Meldung von einem Einvernehmen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit größter Vorsicht aufnehmen. Japan habe in Ostsibirien wehrmässig 200 000 Mann, sondern höchstens 3 Divisionen, wahrscheinlich nur 23- bis 25 000 Soldaten. Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß Japan diese Streitkräfte vermehren werde, weil es mit einem gefährlichen Rufstand in Korea zu rechnen habe und mit einem Widerstand des japanischen Parlaments, das nicht mehr wissen wolle von neuen sibirischen Eroberungen. Auch in Nordamerika sei der Widerstand gegen die Verwirklichung der japanischen Expansionsbestrebungen in Asien im Wachst begriffen.

Die Gärung im Verkehrswesen

Wenn das deutsche Wirtschaftsleben gehunden soll, dann muß es vor ähnlichen schweren Erschütterungen unbedingt bewahrt bleiben, wie wir sie zum Schaden für das ganze deutsche Volk und nicht zuletzt für die deutsche Arbeiterschaft im Laufe des vergangenen Jahres besonders im Bergbau und im Verkehrswesen erleben mußten. Es hatte den Anschein, als würden von dieser Erkenntnis immer größere Kreise unserer Volkes erfüllt, konnte doch in den letzten Monaten bereits eine erfreuliche Entwicklung unserer Wirtschaftslebens zu Ruhe und Steifigkeit festzustellen werden. Dem erleichterten Aufatmen, das diese Beobachtung auslöste, folgt jetzt freilich wieder ein schwer bedrückendes und beklemmendes Gefühl, wenn man sich die neuesten Erscheinungen im Verkehrswesen vergegenwärtigt, die sich zu einer neuen und noch gefährlicheren für unser Wirtschaftsleben auszumachen drohen.

In Magdeburg ist es vorige Woche, wie wir bereits mitteilten, zu einem 24 stündigen Proteststreik der Eisenbahner gegen den schleppenden Gang der Tarifverhandlungen und die den Eisenbahnern ungenügenden erscheinenden bisherigen Zugeländnisse bei der Erhöhung der Teuerungszulagen gekommen, und die Arbeiterschaft der Betriebswerkstätten in Frankfurt a. M. will bis zu ihrer wirtschaftlichen Besserstellung nur die für den Betrieb unbedingt notwendigen Arbeiten verrichten, also mit passiver Resistenz ihren Willen durchzusetzen versuchen. In einer Reihe anderer deutscher Städte ist es zu meist massendahl beendeten Protestversammlungen gekommen, in denen es teilweise auch an Streikdrohungen nicht gefehlt hat.

Inzwischen hat sich besonders in Frankfurt a. M. diese Bewegung unter den Eisenbahnern noch außerordentlich verschärft. Als die Beschlüsse der dortigen Eisenbahnarbeiter bekannt wurden und ihre erhen die Produktion und den Verkehr lähmenden Wirkungen bemerkbar wurden, hat die Frankfurter Eisenbahndirektion sofort mit dem Arbeitsministerium Rücksprache genommen, das mit folgendem Telegramm antwortete:

„Arbeiterschaft der Hauptwerkstätten in Frankfurt ist unter Hinweis darauf, daß Auswirkung des neuen Tarifs auf 1. Januar 1920

bereits erfolgt und Vorläufe auf die neuen Lohnsätze schon jetzt gemacht worden, auch eine Verzögerung in den Verhandlungen nicht vorliegt, aufzufordern, die grundsätzliche passive Resistenz spätestens bis Montag den 5. Januar einzustellen und ordnungsmäßig zu arbeiten, widrigenfalls die Hauptwerkstätten wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes am Dienstag den 6. Januar geschlossen und sämtliche Arbeiter gemäß § 2 Ziffer 1 der Arbeiterdienstordnung und bei Verzicht auf weitere Kündigung gekündigt werden. Falls Aufforderung ohne Erfolg, ist entsprechend zu verfahren.“

Dieses Telegramm hat die Frankfurter Eisenbahnarbeiter besonders durch die Wendung von der passiven Resistenz neu stark erregt, da lediglich nach den bestehenden Vorschriften gearbeitet werde. Außerdem wird betont, daß die Werkstätten schon stets technisch unzulänglich und unwirtschaftlich gewesen seien, so daß ihre Schließung wegen Unwirtschaftlichkeit, die der Arbeitsminister androhe, schon längst hätte erfolgen müssen. Im übrigen sei man fest entschlossen, die Forderungen auf rechtliche Gewährung der Tariflohnlage, wie sie dem Ministerium vom Deutschen Eisenbahnerverbande unterbreitet wurden, mit allem Nachdruck durchzusetzen.

Bei dieser Sachlage kann nicht erst und dringend genug zu Ruhe und Gelassenheit gemacht werden. Im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens, zum Wohle des ganzen deutschen Volkes darf nichts unterlassen werden um einen friedlich-schiedlichen Ausgleich der Gegenläge im Verkehrswesen herbeizuführen. Die Tarifverhandlungen nehmen ihren Fortgang. Sie können durch fundamentalistische Sonderaktionen eines Teiles der Arbeiterschaft nur gehindert werden. Möchte daher in den Kreisen der Eisenbahner die bessere Einsicht über den Uebelreifer unbedachter Feigbörne siegen.

Die Forderungen der Eisenbahner und Beamten

Berlin, 4. Januar. In der gestern hier abgeschickten Versammlung der Zeitzinger *Arbeiter*, *Beamten* und *Beamtinnen* die unter Leitung des Abg. Wollnig stattfand, wurde ebenso wie in Berlin gegen die letzte von der Regierung bewilligte Teuerungszulage von 50 Proz. Einspruch erhoben und eine solche von 150 Proz.